

selbst bei ausschließlichen Wirtschafts- und Zollverhandlungen erhebliche politische Implikationen, die weit über Zollbereiche hinausgehen. Dieser Hinweis verdeutlicht die Einwirkung zeitgenössischer politischer Verhältnisse auf die Vertragsredaktion: stand beim Abschluß des Zollvertrages mit Österreich der ganze Komplex von Streitfragen zum deutschen Zollverein im Hintergrund, so verhandelte man 1920 bis 1923 in einem Europa, in welchem die heutige Vorstellung von Einheit und Zusammenschluß keine politische Relevanz besaß.

Vom Bilateralismus zur Interdependenz

Seit Ende der Sechzigerjahre dieses Jahrhunderts änderten die Neutralen ihre Haltung gegenüber europäischen Integrationsfragen. Vor allem aktivierte die Unterzeichnung des Vertrages von Rom vom 25. März 1957 durch die Sechs und die dadurch erfolgte Gründung der EWG in Europa integrationspolitische Kräfte. In abgemessenen Schritten, bisweilen gehemmt, dann wieder ermutigt, verwirklicht die EWG die Integrationsstufen. Immer mehr nationale Kompetenzen werden den Gemeinschaftsorganen übertragen. Selbst die Koordinierung der nationalen Politiken scheint in absehbarer Zeit angestrebt zu werden. Allein schon die Tatsache, daß die EWG heute mit Abstand die größte Handelsmacht der Welt ist, weckt schöpferische Kräfte auch auf der politischen Ebene.

Die Römerverträge erwirkten zugleich wirtschaftliche Zusammenschlüsse derjenigen, die außerhalb der Sechsergruppe standen: Nachdem am 1. Januar 1959 im EWG-Raum die erste gegenseitige Zollsenkung erfolgt war, blieb der übrigen Gruppe der OECD-Länder nichts anderes übrig, als sich unter dem Namen «Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)» zu vereinen, um so der zollpolitischen Diskriminierung durch die EWG zu entgehen und von dieser Basis aus künftige europäische Einigungsbestrebungen vorzubereiten. Auf Ganze gesehen war die EFTA eine Reaktion auf eine Aktion der EWG. Dies aber hinderte die Europäische Freihandelsassoziation nicht, einen sehr wirksamen Beitrag zur europäischen Einigung zu leisten.

Die liechtensteinische Außenpolitik ist durch die Vorgänge in der skizzierten europäischen Politik der Zusammenschlüsse vorerst überrascht und im Blick auf die Begrenztheit der eigenen Mittel und Möglichkeiten allzusehr ins passive Entgegennehmen versetzt worden. Liechtenstein scheint ein Rest zu sein, der meist nach grundsätzlicher Einigung der größeren Vertragspartner irgendwo, irgendwie, bei